

Soziales

S 06

Umwelt

S 03

DKP

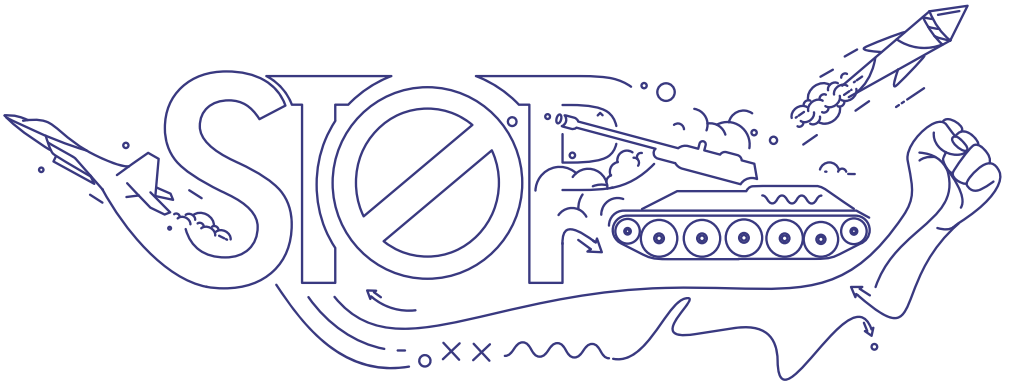
S 05

Energiepreisstopp

Verkehrswende

UZ-Pressfest

Nieder die Waffen!



Am 02.03.2022 fand in Landau eine linke Anti-Kriegs-Demo mit rund 100 Menschen statt.
Für SDAJ und DKP Landau wurde folgende Rede gehalten:

Vor genau einer Woche begann die Russische Föderation eine militärische Invasion in der Ukraine. Wir als KommunistInnen verurteilen diesen Krieg und fordern die sofortige Niederlegung der Waffen! Dieser Krieg wird zum Nachteil der Völker Europas und Russlands geführt!

Für die bürgerlichen Medien fiel diese neue Stufe der Eskalation aus heiterem Himmel, jedoch bahnte sich

eine weitere Eskalation schon lange im Voraus an. Die Friedensbewegung warnt schon seit Jahren vor der Aufrüstung durch NATO-Staaten und der steigenden Kriegsgefahr.

1990 wurde bei den Verhandlungen um den 2+4-Vertrag unter anderem versprochen, dass es keine NATO-Osterweiterung geben soll, welche zu einer Gefährdung sowjetischer bzw. russischer Sicher-

Fortsetzung nächste Seite →

FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

HERAUSGEBER:

DKP SÜDPFALZ
SDAJ LANDAU





heitsinteressen führen würde. Dieses Versprechen wurde bereits 1999 mit dem Beitritt Polens und zweier anderer Staaten gebrochen, es folgten Beitritte von 11 weiteren Staaten in den Jahren 2004, 2009, 2017 und 2020.

Das Territorium der NATO ist jedoch nicht das einzige, was in diesem Bündnis gewachsen ist, darunter auch die verfügbaren Finanzen der Mitgliedsstaaten für Krieg und Rüstung.

Allein Deutschland hat seit 2004 die Militärausgaben um 32 Prozent gesteigert und möchte unter der Ampel-Regierung die verfügbaren Mittel deutlich über das 2 Prozent Ziel anheben. Das würde eine Erhöhung des Militärhaushalts von den momentan 53 Milliarden auf 75 Milliarden Euro bedeuten. Davon werden unter anderem die Kampfflugzeuge des Typs Super Hornet als Ersatz für die Tornados der Bundeswehr beschafft. Hauptzweck für die Beschaffung ist der Einsatz von Nuklearwaffen.

Wozu braucht Deutschland Flugzeuge, die Atomwaffen abwerfen können? Deutschland hat 1969 den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, wes-

wegen keine eigenen Nuklearwaffen entwickelt und vorgehalten werden. Der aktuelle Vertrag wurde nicht unterschrieben.

Im Fliegerhorst der Bundeswehr in Büchel lagern jedoch amerikanische Nuklearwaffen, welche im Rahmen der nuklearen Teilhabe durch deutsche Flugzeuge eingesetzt werden sollen.

Die Friedensbewegung kämpft seit Jahren gegen die Stationierung dieser Kriegswaffen, welche hier gegen den Willen der Bevölkerung untergebracht sind und für diese eine enorme Gefahr darstellt. Die damalige deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte im Jahr 2021, dass Deutschland im Rahmen der Abschreckungsdoktrin bereit ist, „solche Waffen“ einzusetzen. Solche Haltungen passen hervorragend zum Ziel der NATO, welche sich gegründet hat, um Sowjet-Russland zu bekämpfen.

Eine solche Drohung mit Nuklearwaffen ist nicht hinnehmbar, weder durch die NATO noch durch Russland.

Die Mobilmachung hat jedoch seit dem Zerfall der Sowjetunion kein Ende gefunden. Als jüngstes Bei-

spiel gilt das „Defender Europe“-Manöver, in dessen Rahmen große Militärkontingente in Richtung Osten verlegt wurden. Die aggressive Rolle der NATO zeigt sich auch am Beispiel Jugoslawiens, wo die NATO ohne UN-Mandat einen völkerrechtswidrigen Krieg führte um Gebiete von Jugoslawien abzuspalten. Joschka Fischer von den Grünen begründete das damals mit dem Verhindern eines neuen Holocausts. Parallelen zum völkerrechtswidrigen Krieg durch Russland drängen sich hier auf.

Die NATO ist ein imperialistisches Kriegsbündnis, und sich für den Frieden einzusetzen heißt, sie als Teil des Problems zu verstehen!

DESHALB FORDERN WIR:

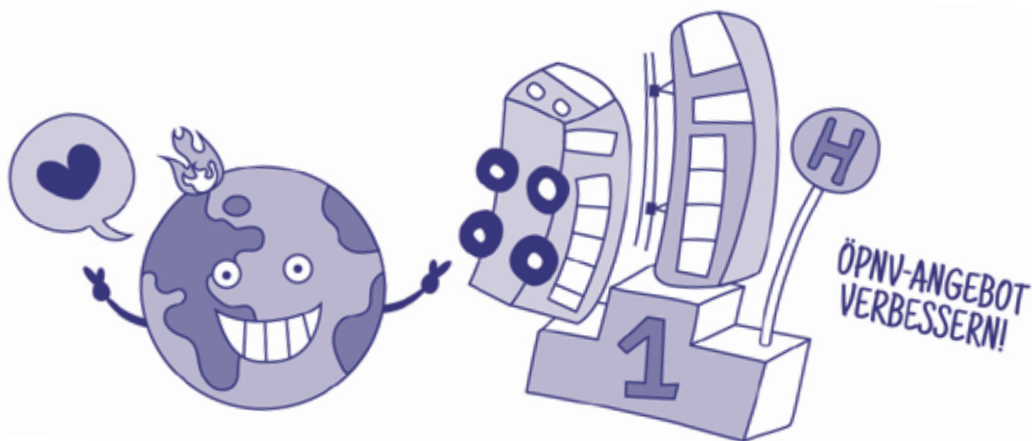
- **Nieder die Waffen!**
- **Abrüsten statt Aufrüsten!**
- **Sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen!**
- **Stoppt die Sanktionen und die Eskalation!**
- **Raus aus allen NATO-Manövern und Auslandseinsätzen!**
- **Für den Frieden!**
- **Schluss mit der nuklearen Teilhabe!**

Busse und Schienen statt Elektro-LKWs und Straßen

Vierspuriger Ausbau der B 10, Hornbach-Spange der A 61, billigere Pendlerparkplätze in der Landauer Innenstadt, Industriegebiete ohne Bahnanschluss, keine Reaktivierung der Bahnstrecke von Landau nach Germersheim. Das sind nur einige Beispiele für eine verfehlte Verkehrspolitik in der Südpfalz, die der Umwelt schaden und die Klimakrise verschärfen. Ziel muss es aber sein, das Verkehrsaufkommen, insbesondere den Individualverkehr, zu reduzieren. Das ist möglich, wenn der öffentliche Personenverkehr gefördert wird und der Gütertransport vom LKW auf die Schiene verlagert wird.

Das Umstellen des Individualverkehrs auf Elektroautos und des Güterverkehrs auf Elektro-LKWs bessert die Situation nicht grundsätzlich, sondern sichert erneut die Profite der Autoindustrie. Bezahlen müssen die Verursacher von Luftverschmutzung und Lärmbelästigung nicht. Die Kosten werden auf die arbeitenden Menschen abgewälzt – zum Beispiel mit der unsozialen CO₂-Steuer. Die DKP fordert stattdessen eine Millionärssteuer.

Um arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, müssen sich Menschen problem-



los von A nach B bewegen können – vor allem auch Menschen mit geringen Einkommen oder mit Bezug von Sozialleistungen. Wohnortnahe Arbeitsplätze, soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen und Versorgung sind der beste Weg zur Verkehrsreduzierung. Ausschlaggebend ist außerdem ein attraktiver und kostenloser öffentlicher Personenverkehr – nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch auf dem Land. Der ÖPNV muss flächendeckend intensiviert und ausgebaut werden. Ebenso der Personenfernverkehr.

Durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte wurde das System Schiene kaputtgespart. Im Interesse des Monopolkapitals wurde der Indivi-

dualverkehr gefördert, Güter- und Personenverkehr wurden auf die Straße verlagert. Nötig sind stattdessen die Instandsetzung der Schieneninfrastruktur durch ein öffentliches Investitionsprogramm und die Wiederinbetriebnahme der stillgelegten etwa 6.500 Streckenkilometer der Schiene insbesondere im ländlichen Raum und in Ostdeutschland. Die Daseinsvorsorge kann nur gewährleistet werden, wenn sie den Konzernen mit ihren Renditeinteressen entzogen wird. Ebenso wie die Energiekonzerne gehören Unternehmen des Personen- und Güterverkehrs in die Hand der Kommunen, der Länder und des Bundes.

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Südpfalz
 V.i.S.d.P.: Manfred Brede
 Impressum: dkp-rlp.de/kontakt
 Auflage: 3.000
 Bildnachweis: S01 freepik @Rochak Shukla; S02 DKP Südpfalz; S04 DKP Südpfalz; S06 freepik @New Africa
 Redaktionsschluss: 17.04.2022
 Erscheinungsweise: Quartal


DKP

-  dkp-rlp.de/landau
-  dkp_landau@riseup.net
-  facebook.com/DKP.Landau
-  twitter.com/DKP_Landau


SDAJ

-  sdaj.org
-  [sdaj_landau](https://instagram.com/sdaj_landau)
-  twitter.com/LandauSdaj

21. UZ-PRESSEFEST – VOLKSFEST DER DKP

www.uz-pressefest.de 26. – 28. AUGUST 2022



SCHÖNER FEIERN OHNE NAZIS!

SAVE
THE
DATE!

Damit alle mitfeiern können, bitten wir diejenigen, die es sich leisten können, um eine solidarische Spende. Bitte die Spende einfach mit dem Hinweis „UZ-Pressesfest“ auf das Spendenkonto des DKP-Parteivorstands überweisen: GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01



uz unsere zeit

SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

Die UZ ergreift Partei für die demokratischen und sozialen Rechte, gegen Kriegstreiberei und Rechtsentwicklung. Sie ist ein Instrument, um das gegenwärtige Herrschaftssystem, den Imperialismus, zu begreifen und Strategien der Gegenwehr zu entwickeln. Sie informiert über die Diskussionsprozesse in den Gewerkschaften, in demokratischen Bündnissen und in der linken Bewegung. Sie kämpft gegen Militarismus, für Frieden und Abrüstung.

UZ kennenlernen, 6 Wochen KOSTENLOS zur Probe lesen. Abo-Formular auf unsere-zeit.de/abo

Frieden	S 01	Umwelt	S 03	DKP	S 05
Ukraine-Krieg		Verkehrswende		UZ-Pressesfest	



Wer in den nächsten Monaten einen Blick auf die Strom- und Gasrechnung wirft, wird ein böses Erwachen haben. Die Preise steigen aktuell rasant in die Höhe und werden zusammen mit explodierenden Mieten und Inflation vielen Menschen die Frage aufdrängen, wie sie all das bei sinkenden Reallöhnen bezahlen sollen.

Ein Grund hierfür ist in der CO₂-Bepreisung zu finden, deren Kosten die Energiekonzerne auf die Verbraucher umlegen. Als verbrauchsbezogene Steuer ist sie vor allem von der Arbeiterklasse zu zahlen

und trifft arme Familien und Geringverdiener besonders hart. Vergleicht man beispielsweise das Jahr 2010 mit 2022, haben sich die Preise mit regionalen Schwankungen meist mehr als nur verdoppelt. Bei einem monatlichen Einkommen von ca. 1.600 – 1.700 Euro oder einer Rente von 850 Euro bleibt nach Abzug von Miete und Nebenkosten nicht mehr viel zum Leben. Gutverdienende und Reiche stecken das dagegen locker weg.

Die CO₂-Steuer ist Teil eines Steuersystems, in dem der Staat die Allgemeinheit bezahlen lässt,

FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

HERAUSGEBER:

SDAJ LANDAU
DKP SÜDPFALZ





ENERGIEPREISE STOPPEN!

**ENERGIEKONZERNE
IN ÖFFENTLICHE HAND!**

www.energiepreisstopp-jetzt.de




um den Monopolen den „grünen“ Umbau finanzieren zu können.

Die Gefahren von Umweltzerstörung und Klimaveränderungen für die Existenz der Menschheit sind real. Die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung sind aber weder dazu geeignet, die Beschlüsse des Pariser Abkommens umzusetzen, noch die ökologische Krise aufzuhalten. Sie sind vielmehr ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben. Die angeblich „grüne“ Modernisierung von Produktion und Industrie muss finanziert werden. Sie dient in erster Linie dazu, die Konkurrenzfähigkeit deutscher Konzerne auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Sie sollen gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Eine Energiewende ist global und national notwendig. Eckpunkte einer Energiewende sind dezentrale Erzeugung, Nachhaltigkeit, die zügige Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe und das Beenden der Energiegewinnung aus Kernspaltung. Das geht nur, wenn die Energieversorgung global und national nicht länger als Ware behandelt wird. Das gilt ebenso für Emissionen und Abfälle der Energieanlagen. Die Energiekonzerne sind Hauptverursacher der Zerstörung der Umwelt und müssen für die Folgen zahlen. Ihre Profite sind dafür hoch genug. Grundsätzlich muss es darum gehen, in einem demokratischen Prozess zu entscheiden, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und gleichzeitig ihre Lebensgrundlagen zu erhalten. Dazu muss die Macht der Konzerne zurückgedrängt und gebrochen werden. Das geht nur mit breitem antimonopolistischen Widerstand.



POSITION BEZIEHEN!

Die POSITION ist unser Magazin: Von Jugendlichen für Jugendliche. Unsere Mitglieder schreiben, gestalten, verkaufen dieses Magazin. Unser Ziel: Der Arbeiterjugend eine Stimme geben.

ICH WILL EIN ABO! Kein Problem, lade dir einfach das POSITIONS-Abo-Formular herunter: sdaj.org/position

WIR FORDERN:

- Einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.
- Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen einen Energiezuschlag erhalten.
- Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand.



ICH UNTERSTÜTZE DIE PETITION MIT MEINER UNTERSCHRIFT:

Gesetzlicher Energiepreisstopp jetzt

1



2



3



4



Hinweis

Eintragung nur persönlich und handschriftlich. Nur einmal (entweder online oder handschriftlich) unterschreiben. Diese Liste bitte bis zum **05.07.2022** postalisch an: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Kleine Rahmstr.54, 45326 Essen oder eingescannt/fotografiert per E-Mail an patrik.koebele@web.de